

Liebe Lesben, liebe Frauen, liebe Botschaftsangehörige, liebe Alle,

wir bewegen uns offenbar auf ein Zeitalter zu, das George Orwell vorhergesagt hat: Der Staat will es seinen BürgerInnen unter Sanktionsandrohungen verbieten, die Wahrheit zu sagen. Nämlich, dass es zwei Geschlechter gibt. Dass Männer keine Lesben sein können, weil Lesben offensichtlich Frauen sind, deren sexuelle Orientierung auf andere Frauen gerichtet ist.

Das norwegische Strafrecht macht seit 2021 aus der öffentlichen Rede und Meinungsäußerung darüber einen Straftatbestand: Es schützt u.a. „Geschlechtsidentität“ gegen sog. „Hassrede“. Halten wir zunächst fest: „Geschlechtsidentität“ ist ein subjektives Gefühl, mehr nicht. Geschlecht dagegen ist eine materielle Tatsache. Diese wichtige Unterscheidung soll offenbar verwischt und nicht mehr thematisiert werden. Warum?

Zum Schutz einer marginalen Gruppe vor Diskriminierung – Transpersonen - soll eine ganze Gesellschaft auf ihre Wahrnehmung und Meinungsäußerung verzichten, wenn sie strafrechtlicher Sanktion entgehen will.

Allerdings sind 50 % der Bevölkerung – Frauen und Mädchen – davon besonders betroffen, denn das Patriarchat verschwindet ja nicht mit der „Selbstidentifikation“ eines Mannes als Frau. Frauen und Mädchen soll es nur schwerer gemacht werden, sich gegen die Grenzverletzung durch Männer in Bezug auf geschützte und autonome Frauenräume zur Wehr setzen zu können, z.B. Frauen- und Mädchenumkleide, Frauengefängnisse, Frauentoiletten, Frauenhäuser, Frauenkneipen, -bars, -clubs, usw. Auch Männer, die Töchter haben, werden davon betroffen sein.

Christina Ellingson, die unsere ganze Solidarität verdient, hat nun diesen Staat herausgefordert und will es wissen: Haben wir es hier mit einem modernen „Blasphemiegesetz“ zu tun, das BürgerInnen vorschreibt, an eine quasi-Religion zu glauben und das auch noch nach außen öffentlich mittels „korrekter Personalpronomen“ kund tun zu müssen? Dagegen müssen wir unsere Stimmen erheben. Solidarität mit Christina Ellingson und allen norwegischen Frauen!!!

Auch in Deutschland stehen wir vor einem Self-ID-Gesetz, dem sog. „Selbstbestimmungs- oder „Vielfaltsgesetz“.

Erinnern wir uns: Dank der ersten deutschen Frauenbewegung vor, zwischen und nach den beiden Weltkriegen ist es in Deutschland erstmals gelungen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verfassungsrechtlich abzusichern. Das bedeutet, Frauen können ihre Gleichstellung mit Männern bis zum BVerfG **einklagen**. Der Staat hat sogar seit 1994 darüber hinaus die grundgesetzliche Pflicht, die Gleichstellung von Frauen voranzubringen und für die Beseitigung bestehender Nachteile zu sorgen.

Wie verträgt sich das mit dem von der Bundesregierung favorisierten „Selbstbestimmungsgesetz“ und der auch von den Grünen vorgesehenen Erweiterung des Gesetzes gegen Hasskriminalität um das Merkmal „Geschlechtsidentität“?

Da geht es nicht um Frauen-, sondern ganz klar um Männerrechte. Frauen soll ihre Autonomie, ihr Selbstbestimmungsrecht, ihre Würde genommen werden. Mit dem Trick „Geschlechtsidentität“ werden einfach Grenzen eingerissen, die Frauen vor Männergewalt schützen bzw. sie empowern sollen, ein selbstbestimmtes Leben ohne männliche Einflussnahme zu führen. Dafür braucht es Freiraum, ja, Abgrenzung. Frauen haben auch untereinander so viel zu klären, da brauchen und wollen sie die Männer nicht.

Liebe Frauen, lasst uns unsere Rechte verteidigen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. Wagen wir endlich den Schulterchluss! Es ist allerhöchste Zeit!

Gunda Schumann

Vorständin LAZ reloaded e.V.

Berlin, den 30.06.2022